



13. Juni 2018

Jeder einzelne Mensch kann einen Unterschied machen

Grusswort von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Flüchtlingstages im Kanton Zürich

Geschätzte Anwesende

Liebe Vertreterinnen und Vertreter des Organisationskomitees der Plattform Zürcher Hilfswerke

Eine Flucht hat einen Anfang. Irgendwann, irgendwo. Manchmal versuche ich mir, diesen Moment vorzustellen. Ich versuche mich in die Mutter hineinzudenken, die sich zum letzten Mal in ihrem Bett schlafen legt, zum letzten Mal ihre Kinder in ihrem Zuhause zudeckt. Ich versuche mir den jungen Mann vorzustellen, der am Abend von der Flucht Abschied nimmt, von der Familie, von seinen Freunden. Ich versuche mir den anderen Morgen vorzustellen, wie die Familie ins Auto steigt oder einfach losmaschiert. Ich versuche mir vorzustellen, wie die Grosseltern, die zurückgelassen werden müssen, dem davon fahrenden Auto nachschauen. Im Wissen, dass man sich wohl nie wieder sieht.

In genau einer Woche wird der Gedenktag für Flüchtlinge der Vereinten Nationen stattfinden. Es ist ein wichtiger Tag. Es ist ein Tag, an dem Flüchtlinge zu Wort kommen und ihre Geschichten und Erlebnisse im Zentrum stehen.

Denn eines ist klar: Es ist für uns, die wir hier geschützt und gesichert aufwachsen und leben, schwierig zu erfassen, was es tatsächlich heisst, loszugehen. Alles zurückzulassen. Ins Ungewisse zu flüchten. Angst zu haben. Alleine zu sein.

Über Ostern war ich im Libanon. Das Land mit rund 4,5 Mio Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr als einer Million Flüchtlinge. Das Land, das selber in einem äusserst fragilen Zustand ist und niemand weiss, wie lange das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen hält.

Das Land, das am Nachmittag die Schulen für die syrischen Kinder geöffnet hat und – unterstützt mit internationalen Geldern – versucht, in der grossen Krise den sozialen Frieden zu wahren. Das Land aber auch, das nicht einfach aus lauter tollen, wunderbaren und hilfsbereiten Menschen besteht, sondern wohl wie überall auch einige ganz deutlich Kasse machen mit dem Elend anderer. So in einem informellen Settlement für Flüchtlinge auf dem Gutshof eines Landbesitzers, der den Flüchtlingen sein Land zur Verfügung stellt und als Gegenleistung Arbeit auf dem Felde und im Haushalt ohne Entgelt fordert. Dass dabei Frauen und Kinder zusätzlich missbraucht werden, müssen wir leider vermuten.



Gegenwärtig – wir wissen es – sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Gemäss den Zahlen des UN-Hilfswerks UNHCR sind es über 65 Millionen Menschen. Über die Hälfte davon kommen gerade mal aus drei Ländern: Südsudan, Afghanistan und Syrien. Und jede dritte Person ist unter 18 Jahren alt.

Die Länder, die am meisten Flüchtlinge aufnehmen sind Türkei, Uganda und Pakistan. Knapp 90 Prozent der Flüchtlinge werden von Ländern in der jeweiligen Region aufgenommen – viele darunter, die selber in politischen und sozialen Schwierigkeiten stecken.

Und wir?

Unser Parlament beschliesst eine Erleichterung für Rüstungsexporte und die Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit. Darüber kann man sich empören. Muss man sich empören. Aber dagegen muss man auch aktiv werden. Die aktuelle Flüchtlingskrise ist letztlich auch eine politische Krise. In vielen Demokratien gewinnen rechtspopulistische Parteien. Männer mit grosse psychischen Auffälligkeiten werden Staatsmänner. Und zivilisatorische Errungenschaften der Aufklärung werden auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

Unvergessen ist uns die Abstimmung über die No Billag-Initiative vom vergangenen Winter. Wer für Solidarität warb, wurde von den Libertären verhöhnt. Der Zeitgeist, so wurden wir belehrt, könne nur noch den Kopf schütteln über so naiv-romantische Konzepte wie Gemeinsinn. Ja, selbstloses Engagement für andere sei lächerlich. Richtig angekommen in der neuen Welt sei nur, wer ausschliesslich für sich selber schaue.

Die Libertären waren laut und selbstgerecht. Nur einmal wussten sie nichts mehr zu sagen. Dann als Abt Martin Werlen ihnen entgegenhielt, dass der Zug schliesslich auch nicht nur dort halte, wo sie aussteigen wollen.

Meine Damen und Herren

Wie können wir der reinen Empörungsfalle entfliehen und aktiv werden?

Wie können wir die politische Krise überwinden?

Nun, ich muss einräumen: Hätte ich das Rezept, würde ich mich als UNO-Generalsekretärin bewerben. Aber manchmal entstehen Gerichte auch ohne Rezept, schlicht, weil sich Zutat um Zutat zu etwas Neuem entwickeln.



Ich versuche es hier mit drei Zutaten:

1. Wir müssen die Partizipation auf allen Ebenen stärken. Das beginnt mit der politischen Sprache: Parteien und Organisationen sollten nicht Politik FÜR eine Gruppe machen, sondern MIT diesen Menschen. Das bedeutet, dass auch die kantonale Integrationspolitik stärker mit den Betroffenen direkt entwickelt werden muss.
2. Wir müssen eine Politik machen, bei der sich die Menschen als selbstwirksam und handlungsaktiv erleben. Ein wesentlicher Grund der aktuellen politischen Krise ist die Ohnmachtserfahrung: „Ich kann eh nichts machen und die machen eh, was sie wollen“. Die Flüchtlingsarbeit ist hier ein Pionierfeld. In diesem Bereich gelingt es besser als anderswo, Menschen im Engagement zusammenzubringen.
3. Wir müssen die Brücke zwischen jenen, die mit einer gesinnungsethischen Perspektive arbeiten und jenen, die verantwortungsethisch ausgerichtet sind, bauen. Was heisst das? Wer wie ich in einer Funktion ist, hat sich dazu bekannt, dass es Grenzen des eigenen Tuns gibt.

Diese kann und soll man auszudehnen versuchen, aber die Verantwortung gegenüber den Institutionen lässt nicht zu, dass Gerichtsurteile missachtet oder Zuständigkeiten übergangen werden. Sich in der institutionellen Politik zu bewegen, ist immer auch ein Bekenntnis zu einem zumindest teilweise verantwortungsethischen Handeln. Daneben braucht es aber auch Menschen, die sich von diesen Grenzen nicht einschränken lassen. Die andere Gesetze und andere Gerichtsurteile fordern. Die erwarten und fordern, dass sich die Gewählten klarer und deutlicher äussern, auch wenn es dabei zu Zoff innerhalb der Behörden führt. Das sind die gesinnungsethischen Menschen. Es braucht beide! Und es braucht Menschen, die diese beiden, die verantwortungsethischen und gesinnungsethischen Engagierten zusammenbringen.

Ich bin überzeugt: Mit diesen drei Zutaten – konsequente Partizipation, Stärkung der Selbstwirksamkeit und des Handelns sowie das respektvolle Zusammenarbeiten zwischen verantwortungs- und gesinnungsethischen Menschen – können wir grosse Schritte zur Überwindung der politischen Krise machen. Und diese müssen wir machen. Denn je länger die politische Krise dauert, desto grösser wird die Tendenz, dass sich Länder und Gesellschaften abschotten, nationalistisch werden und ihre Herzen auskühlen.



Meine Damen und Herren

Im Kanton Zürich ist das Herz noch nicht ausgekühlt, auch wenn es hie und da bei Abstimmungen einen kurzen Kälteschock gibt. Trotz zum Teil schwieriger politischer Umstände haben wir es dank dem grossen Engagement der Flüchtlinge selber sowie der Unterstützung durch Organisation und vor allem auch Einzelpersonen geschafft, ein offener Kanton zu bleiben – ein Kanton, der jedes Jahr 30'000 neu zugewanderte Menschen aufnimmt. Menschen, die zu uns mit ihren Familien als Arbeitskräfte kommen und Menschen, die bei uns als Flüchtlinge Schutz suchen.

Menschen aus dem Tibet, aus Sri Lanka, aus den kurdischen Gebieten, aus dem Iran, dem Irak, aus Syrien, aus Bosnien-Herzegowina, aus dem Kosovo, aus Serbien, aus Kroatien, aus der Türkei, aus Portugal, Spanien, Griechenland, Italien, aus Südamerika, Asien oder Afrika. Sie alle sind längst zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn geworden. Sie betreuen unsere Kinder in der Kita, bauen das PJZ, beraten uns am Bank-schalter, kontrollieren unsere Tickets und pflegen unsere Eltern und schiessen unsere WM-Tore.

Migration ist und bleibt eine Konstante unserer Epoche, sie prägt unsere Gesellschaft genauso wie der technologische Fortschritt oder die Globalisierung von Wissen und Wirtschaften. In unserem Kanton leben Menschen aus 173 Ländern und allen Kontinenten. Sie haben unseren Kanton reich gemacht, reich an Erfahrungen, reich an Ideen, reich an Kultur.

Damit das auch weiterhin so bleibt, möchten wir die Integrationsarbeit verstärken. Als zuständige Regierungsrätin und damit quasi Integrationsministerin setze ich folgende Schwerpunkte:

- Es braucht weitreichende Verbesserungen bezüglich Bildung, Ausbildung und Arbeitsintegrationsangeboten für Vorläufig Aufgenommene sowie Flüchtlinge (VL/FL). Die "Bildung" soll vor der "Beschäftigung" stattfinden. Fördermassnahmen wie beispielsweise Sprachkurse sollen so früh wie möglich nach Ankunft in der Schweiz besucht werden.
- Mit der Neustrukturierung des Asylverfahrens soll ab 2019 die bisweilen jahrelange Wartezeit auf den Entscheid ein Ende nehmen und den Integrationsprozess beschleunigen.
- Gestärkt werden soll die Sensibilisierung der Verwaltung, von Institutionen und Arbeitgebern zu Früherkennung und Folgen von gesundheitlichen Belastungen und insbesondere durch Traumatas.
- Mit der Erhöhung der Bundesmittel für die Integration von VA/FL sollen ab Mitte 2019 im Rahmen der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz die spezifischen Massnahmen insgesamt früher einsetzen und intensiviert werden. Gemeinsam mit den Gemeinden, unseren Verwaltungspartnerinnen in der Bildung, im Sozialen, der Arbeit und der Gesundheit sowie den Betroffenen selber sind wir aktuell daran, diese Intensivierung zu planen und wo möglich weitere institutionelle Hindernisse abzubauen.



Diese Pläne umzusetzen, kann uns aber nicht alleine gelingen. Wir brauchen dabei auch die Unterstützung von Ihnen allen. Wir wollen partnerschaftlich zusammen arbeiten: die kantonalen und kommunalen Stellen untereinander, mit den Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen, mit der Wirtschaft und deren Verbänden und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den Kirchen, Hilfswerken, Kulturinstitutionen sowie zahlreichen Vereinen.

Meine Damen und Herren

Facing Mecca hat gezeigt: Jeder einzelne Mensch kann einen Unterschied machen. Durch sein Handeln, durch sein Leben, durch sein Engagement. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle im Rahmen der Zürcher Regierung allen genau dafür danken, dafür, dass Sie den Unterschied machen. Einen Unterschied, der darüber entscheiden kann, wie die Flucht eines Menschen, die irgendwann, irgendwo beginnt, vielleicht zu einem guten Ende führt.